

Pressemitteilung

Eil-Appell: Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen – Petition fordert sofortige Abstimmung im Bundestag

Berlin, 12.12.2024 – Ein interfraktioneller Gesetzentwurf zur Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen steht kurz vor der endgültigen Abstimmung – doch wahltaktische Blockaden gefährden den Abschluss dieses wichtigen gesellschaftspolitischen Prozesses. In einem eindringlichen Appell richten sich zahlreiche Verbände an die Mitglieder des Rechtsausschusses sowie die Fraktionsvorsitzenden der demokratischen Parteien im Deutschen Bundestag.

Der von 328 Bundestagsabgeordneten getragene Gesetzentwurf zielt darauf ab, Schwangerschaftsabbrüche außerhalb des Strafgesetzbuchs zu regeln. Die erste Lesung fand vergangene Woche am 5. Dezember im Deutschen Bundestag statt. Nun wurde der Entwurf an den Rechtsausschuss zur weiteren Beratung überwiesen, wo er droht bis zu den Neuwahlen zu verbleiben.

Die Petition fordert:

- Die sofortige Beratung des Gesetzentwurfs im Rechtsausschuss,
- die Rücküberweisung ins Plenum und
- eine Abstimmung noch vor Ende der Legislaturperiode.

„**Die Fakten sind klar**“, so die Initiator*innen der Petition: Die Reform hat eine breite Unterstützung von 80 % der Bevölkerung, beruht auf Empfehlungen einer interdisziplinären Expertinnen-Kommission und wird von 73 führenden Verbänden, Organisationen und Netzwerken gefordert.

Die Initiator*innen warnen: „**Eine demokratische Entscheidung darf nicht unterlaufen werden. Partei- und Wahltaktik dürfen den Weg zu einer überfälligen Neuregelung nicht blockieren!**“

Weitere Informationen und Petition: <https://innn.it/abstimmungjetzt>

Für Rückfragen und Interviews stehen die Initiator*innen zur Verfügung.

PRESSEKONTAKT

Annika Kreitlow (Bündnis für Sexuelle Selbstbestimmung)

E-Mail: presse@sexuelle-selbstbestimmung.de

Mobil: +49 (0) 162 7169820

Regine Wlassitschau (pro Familia Bundesverband)

Email: regine.wlassitschau@profamilia.de

Tel.: + 49 (0)69 26 95 77 922